

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 118 (1992)
Heft: 16

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Scherzgefahr für Bundesrat

Ein neuer Kampfflieger im *Tages-Anzeiger*, ein neues Bären-Gehege für die lieben kleinen Braunen in Bern in der *Berner Zeitung*, ein Klebstoff für den Abbruchfels an der Axenstrasse im Fernsehen; Aprilscherze allerorten. Auch der Bundesrat tagte am 1. April (Geburtstag von Jean Pascal Delamuraz). Damit sein umfangreiches Sanierungsprogramm mit 25 Rappen Aufschlag beim Benzinpreis nicht auch noch als Aprilscherz aufgefasst wird, legte die Landesregierung – weise, wie sie nun mal ist – die Medienorientierung auf den Tag danach, den 2. April. Lisette hält es dennoch nicht für ausgeschlossen, dass das Volk das Ganze trotzdem für einen Aprilscherz hält und beim Urnengang vom Dezember ein kräftiges Nein zur Benzinpreiserhöhung einlegt.

Freundschaftsbesuch

Umweltminister Flavio Cotti sei in die USA geflogen, um Werbung zu machen für den Erdgipfel in Rio de Janeiro. Sogar der Umweltminister der Vereinigten Staaten habe ihn zu sich nach Hause eingeladen, berichtete das Radio DRS direkt vor Ort. Ganz privat muss er also dort gesessen haben, der liebe Flavio, gewiss an einem wärmenden Kaminfeuer,

stellt sich Lisette vor. Jetzt hofft sie bloss, dass Cotti den Umweltminister dort auch darauf aufmerksam gemacht hat, dass holzverbrennende Cheminées dazu beitragen, den Treibhauseffekt verstärken.

Teile und herrsche

Otto Schochs Ständeratskommission nimmt es sehr genau. Bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhun-

derts ist sie zurückgegangen, um ein Mittel zu suchen, die Waffenplatz-Initiative «Neuchlen-Anschwilen» für ungültig zu erklären. Damals hatte das Parlament eine ausländerfeindliche Initiative tatsächlich zweigeteilt und eine Doppelabstimmung durchgeführt. Ähnliches erwägt nun Schochs Gruppe: Zweiteilung mit der Absicht, den Teil, der den Waffenplatz Neuchlen betrifft, für ungültig zu erklären. Das soll die



Maspoli und seine Sprüche

Lega-Mitglied Flavio Maspoli, Tessiner Sturm-und-Drang-Nationalrat und auch als Barpianist im legalen Einsatz, gibt endlich sein Inneres preis. In einem Interview der *SonntagsZeitung* zeigt er, wie lammfromm er ist: «Ich bin im Grunde genommen ein schüchterner Mensch.» Am TV sehe er am liebsten «Sissi»-Filme, seinen Chef Giuliano Bignasca habe er öffentlich «höchstens mal Diktator» genannt und ihm nicht Schmutz nachgeworfen. Immerhin hat der Lega-Nationalrat auch eine Nettigkeit für den Ständerat parat: «Ich habe mir schon gedacht, statt Weibeln müssten im «Stöckli» Krankenschwestern wirken, die demjenigen, der gerade spricht, ein Aufputzmittel bringen.» Lega-Ständerat Morniroli wird sich freuen, wenn er liest, was sein Jungstar im Nationalrat von sich fallenlässt.

Kommission ruhig machen – müsste sich aber nicht wundern, wenn die Initianten die Volksvertreter daraufhin am liebsten vierteilen würden.

Rückwirkungsklausel?

Der St.Galler Alt-FDP-Nationalrat Walter Zwingli reichte kurz vor dem Ausscheiden aus dem Bundeshaus eine parlamentarische Einzelinitiative ein, um sicherzustellen, dass künftig Volksinitiativen des Typs «Neuchlen-Anschwilen» ungültig zu erklären seien. Da werde versucht, einen Entscheid einer Behörde nachträglich wieder umzustossen. Eine solche «Rückwirkungsklausel» in Texten von Volksbegehren seien nicht mehr zuzulassen. Seit die Gruppe für eine Schweiz ohne Arme (GSoA) ihr Begehren gegen den F/A-18 gestartet hat, erhält Zwinglis Anliegen plötzlich im bürgerlichen Lager politischen Aufwind. Rückwirkungsklauseln sollen verboten werden. Eine Verfassungsgrundlage wird studiert. Eine umfassende Notabene. Wie Lisette vernommen hat, sollen auch parlamentarische Vorstösse für ungültig erklärt werden, die bereits gefällte Entscheide (zum Beispiel des Bundesrates) nachträglich umwerfen wollen. Das wohl berühmteste Exempel aus dem Jahr 1985 war ein Postulat mit folgendem Wortlaut: «Der Bundesrat wird ersucht, auf seinen Entscheid vom September 1984 zurückzukommen und die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen neu auf 100 km/h herabzusetzen.» Autor der Intervention: ein gewisser Walter Zwingli (FDP/SG)!

Urheber fort

Beim Bund bleiben Fehler manchmal jahrelang unentdeckt. Im Bericht vom 18. Januar 1988 über die Legislaturplanung 1987 bis 1991 war unter anderem vorgesehen, das Gesetz über die Berufsbildung zu revidieren. Es geschah aber in der vierjährigen Legislaturperiode nicht. Heute, im Bericht zur neuen Legislaturperiode steht nur lapidar: «Keine Revision vorgesehen, wurde irrtümlich aufgeführt.» Keine Angabe über den Urheber der Fehlleistung. Hat er wohl, wie oft in solchen Fällen, den Bundesdienst bereits quittiert? Immerhin hat der Bundesrat etwas gelernt. Motto: Besser spät einen Fehler zugeben als gar nie und warten, bis ein Journalist es merkt.

ORLANDO EISENMANN



Die Treibstoffsteuer kommt mit Riesenschritten